

**Willkommen zur  
Präsidienkonferenz LCH 2/XXVI**

**20./21. November 2015**

**Hotel Continental-Park Luzern**

# **Eröffnung der Konferenz**

**Beat W. Zemp**

**Zentralpräsident LCH**

# **Sparen an der Bildung und Abbaumassnahmen**

**Hauptthema der PrK LCH 2/XXVI**

**Liste der aktuellen bildungspolitischen Themen 2014 (!)**

**Lehrplan 21 (D-EDK)**

**Frühfremdsprachen (EDK)**

**Schweizer Schulschrift (Schnürlischrift)**

**Burnout von Lehrpersonen (PH FH NWCH)**

**Computerkenntnisse der Achtklässler (ICILS)**

**Sparmassnahmen im Bildungswesen (alle Kantone)**

**...**

**Liste der aktuellen bildungspolitischen Themen 2015 (!)**

**Lehrplan 21 (D-EDK)**

**Frühfremdsprachen (EDK)**

**Assistenzpersonal für Schulen**

**Einschulung von Flüchtlingskindern**

**Englischkenntnisse der Erwachsenen (Proficiency-Index)**

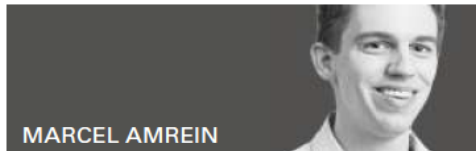
**Sparmassnahmen im Bildungswesen (alle Kantone)**

**...**

## Tiefrote Budgets der Kantone

Budgets der Kantone

# Dürre ohne Aussicht auf Regen



MARCEL AMREIN

Die Trockenperiode nimmt einfach kein Ende. Wie jeden Herbst haben die Finanzdirektorinnen und -direktoren der Kantone in den vergangenen Wochen ihre Budgets für das nächste Jahr präsentiert. An den ungefähren Inhalt hat man sich mittlerweile gewöhnt: rote Zahlen in den meisten Ständen, gepaart mit unterschiedlich drastischen Entlastungsmassnahmen. Es ist dies nun bereits das fünfte Mal in Folge, dass die Voranschläge von Tristesse gezeichnet sind, seit 2011 eine lange Zeit erklecklicher Überschüsse ausklang.

Die Mühsal immer tiefgreifenderer Sparpakete ist umso schwerer zu ertragen, als wenig Aussicht auf ein baldiges Ende besteht. Vor Jahresfrist herrschte noch eine gewisse Zuversicht, dass entspanntere Zeiten nicht mehr fern seien. Doch dann kam im Januar 2015 die Aufhebung des Euro-Mindestkurses. Seither sind die Schweizer Konjunkturaussichten deutlich trüber geworden, und damit

auch die Haushaltsaussichten der Kantone. Neben dieser jüngsten Verdüsterung beunruhigt an der finanzpolitischen Situation der Kantone eine ganze Reihe von Aspekten.

Erstens ist der föderale Sprengstoff offensichtlich. Der grösste Pro-Kopf-Zahler im nationalen Finanzausgleich, Zug, budgetiert mit über 12 Prozent des Aufwands den weitest aus gewichtigsten Fehlbetrag. Unschön sieht es auch bei den beiden anderen Inner-schweizer Geberkantonen aus, bei Schwyz und Nidwalden. Die zwei absolut bedeutendsten Nehmerkantone dagegen, Bern und das Wallis, sind unter den drei Kantonen mit den höchsten Überschüssen. Gewiss hat gerade das vielgescholtene Bern einiges geleistet: Wie kaum ein anderer Kanton hat es ein Sparpaket nach dem anderen durchgepaukt. Die Konstellation wird aber gleichwohl dafür sorgen, dass die Kontroverse um den Finanzausgleich nicht so schnell zu Ende gehen wird. Brenzlich erscheint zudem, dass gerade auch Nehmerkantone wie Luzern oder Obwalden, die sich in den letzten Jahren zu verbessern versuchten, mit Problemen kämpfen.

Zweitens fällt die beträchtliche Unsicherheit auf, mit der die Kantone haushalten müssen. Voraussichtlich in der Dezembersession

wird sich das Bundesparlament der Unternehmenssteuerreform III annehmen. Je nach Gelingen dieser komplexen Reform haben die Kantone mehr oder minder starke Einbussen bei den Firmensteuern zu gewärtigen. Völlig unwägbare ist auch, ob die Kantone künftig mit Gewinnausschüttungen der Nationalbank rechnen dürfen. Manche Kantone nehmen solche immer noch in ihre Budgets auf, andere vorsichtigerweise nicht.

Drittens lasten namentlich die steigenden Gesundheits- und Pflegekosten schwer. Aller Voraussicht nach werden sie noch lange überproportional wachsen und auch dann auf den Kantonen drücken, wenn die konjunkturelle Delle und die anderen Unsicherheiten überwunden sein werden. Lösungen können die Kantone nicht alleine herbeiführen. Sie tragen zwar einen grossen Teil der finanziellen Konsequenzen, doch entscheidende Weichen in der Gesundheits- und Sozialpolitik werden im Bundeshaus gestellt.

Die kurzfristigen Entlastungspakete der Kantone sind wichtig. Langfristig müssen die Kantone aber die Entwicklung der Gesundheitskosten in den Griff bekommen. Sonst werden ihre Haushalte unwiederbringlich zur Wüste verkommen.

## 410 Millionen Defizit für 2016

# Entlastungspakete als Dauerübung

*Die Kantone budgetieren für 2016 ein Minus von 410 Millionen Franken – die Spitalkosten steigen um vier i*

Nichts Neues in den Kassen der Kantone: Für kommendes Jahr rechnen sie mit einem Defizit von 410 Millionen Franken. Weil in einzelnen Bereichen wie dem Gesundheitswesen die Kosten laufend steigen, stehen andere Bereiche dauerhaft unter Druck.

JÖRG KRUMMENACHER

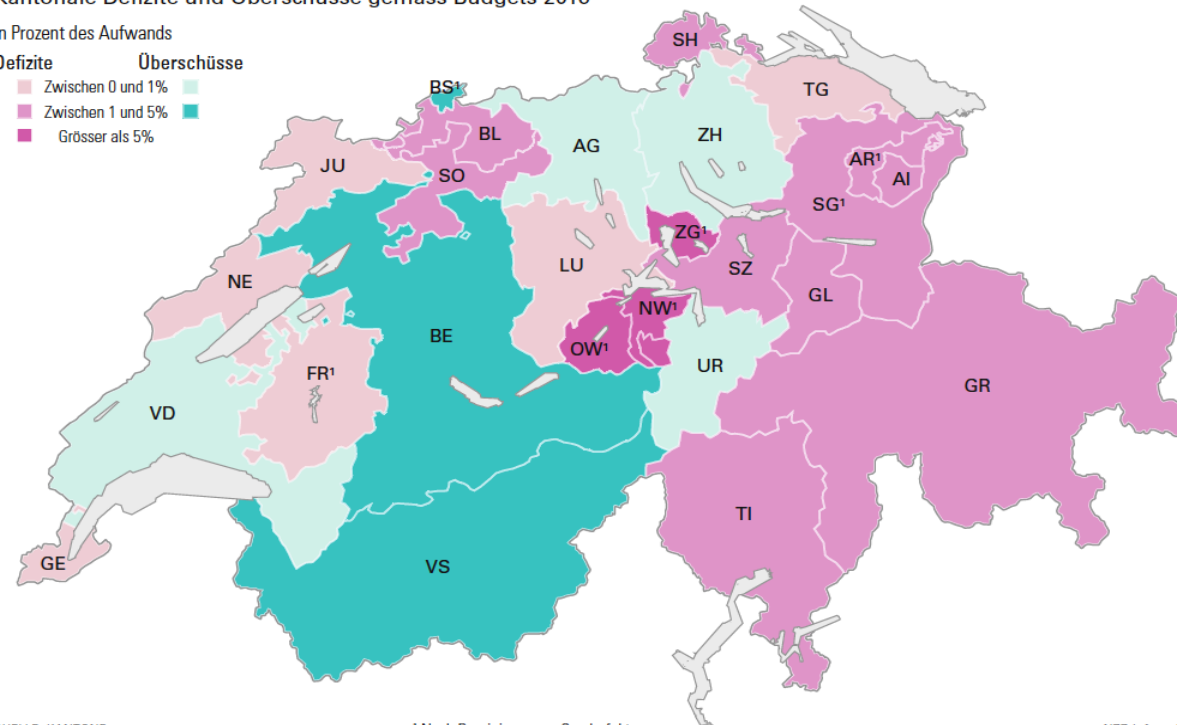
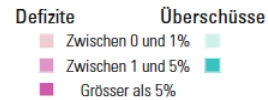
Als letzter Kanton hat diese Woche der kleinste, Appenzell Innerrhoden, sein Budget für kommendes Jahr vorgelegt. Er rechnet wie 18 weitere Kantone mit einem Minus. Noch liegen erst die Budgetvorlagen der Regierungen vor. Manchenorts werden die Kantonsparlamente in den nächsten Wochen Retuschen vornehmen. Doch schon jetzt lässt sich feststellen: Die kantonalen Budgets sehen ähnlich aus wie in den vergangenen Jahren: tendenziell rot, meist nur mit moderaten Fehlbeträgen, mit einzelnen Ausreissern nach oben und nach unten.

### Bern im Plus, Zug im Minus

Das weitaus positivste Budget weist mit einem Plus von 225 Millionen Bern aus,

Kantonale Defizite und Überschüsse gemäss Budgets 2016

In Prozent des Aufwands



QUELLE: KANTONE

¹ Nach Bereinigung um Sonderfaktoren.

NZZ-Infografik/tcf.

Medienmitteilung vom 19. November 2015

## **USR III als Steuergeschenk für reiche Aktionäre? So nicht!**

---

Die SP wird die Unternehmenssteuerreform III (USR III), so wie sie heute von der Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK-S) beschlossen wurde, nicht unterstützen. Nicht nur werden die Milliardenverluste der letzten Reform nicht kompensiert, die USR III reissst sogar neue Löcher ins Bundesbudget. Die rechten Parteien verteilen schon wieder Steuergeschenke an reiche Aktionäre und Grossunternehmen. Wer die Leidtragenden sind, wird man beim nächsten Abbauprogramm sehen: Die Entwicklungszusammenarbeit, die Bildung, der Service public und nicht zuletzt die Landwirtschaft.

## Was uns zunehmend ärgert: Euphemismus und Unehrlichkeit!

### Euphemismus 1: „Sparmassnahmen“

*Sparen* ist das Zurücklegen momentan freier Mittel zur späteren Verwendung für eine grössere Anschaffung (Zwecksparen) oder um sich vor Notsituationen zu schützen (Vorsorgesparen).

*Politische „Sparmassnahmen“* (Sparpolitik, Sparkurs) zielt darauf ab, das Haushaltsdefizit durch Einsparungen und den Abbau von staatlichen Leistungen zu verkleinern.

### Fazit:

„Sparmassnahmen“ sind in Wirklichkeit **Abbaumassnahmen** zu Lasten der Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler.

Beispiel für **ehrliche** Kommunikation

RR Eymann: „*Was man einmal abgebaut hat, kann man später nicht mehr so leicht wieder aufbauen.*“ (10vor10 vom 10.8.2015)

## Was uns zunehmend ärgert: Euphemismus und Unehrlichkeit!

### Euphemismus 2: «Entlastungspakete»

*Entlastungspakete* sollen denjenigen eine Entlastung bringen, die eine Last nicht mehr tragen können (z.B. Steuererleichterung für kinderreiche Familien mit niedrigem sozioökonom. Status).

*Politische „Entlastungspakete“* zielen aber darauf ab, durch Einschnitte beim Service public (Bildung, Sicherheit, Gesundheit, soziale Wohlfahrt, Infrastruktur) das Budget zu verbessern bzw. die Neuverschuldung zu beschränken (Schuldenbremse).

### Fazit:

Entlastungspakete sind in Wirklichkeit **Belastungspakete** für die Lehrpersonen und für die Schülerinnen und Schüler.

Beispiel für **ehrliche** Kommunikation:

RR Amsler: „*Das Sparen bei der Bildung hat eine völlig neue Dimension erreicht.*“ (NZZ vom 22.8.2015)

## Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft

- Diese «Sparmassnahmen» werden **längerfristig** Kosten verursachen: Der hohe Bildungsstandard der Schweiz ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs.
- Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind das wichtigste Kriterium bei der **Standortwahl** eines Unternehmens. Die Steuern spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.
- Wir müssen den Wohlstand bewahren durch **Investition in die Ausbildung** qualifizierter Berufsleute im Inland.
- Die Zeche beim Bildungsabbau bezahlen die Schwächsten und später die **Sozial- und Justizdepartemente!**



*«Die Stärke des Volkes misst sich am  
Wohl der Schwachen.»*

Präambel der Bundesverfassung der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft  
vom 18. April 1999

*«Keine Ausgaben tragen so reiche Zinsen wie die Ausgaben für die Jugendbildung.»*

Zürcher Regierungsrat von 1909